

Presseinformation



Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 27 – Politische Verantwortung für historische Erinnerung

Dazu sagt die kulturpolitische Sprecherin
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Marlies Fritzen:

Nr. 320.15 / 17.07.2015

Der Landtag übernimmt Verantwortung für die Erinnerungskultur

Auch 70 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges setzen wir uns mit unserer Geschichte auseinander. Erinnerung an das Vergangene ist notwendig für die Verortung in der Gegenwart und als Kompass für die Zukunft.

Ich will zwei politische Entscheidungen nennen, die dies exemplarisch verdeutlichen:

-> Die Verabschiedung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland war die Antwort auf das Versagen der DemokratInnen in der Weimarer Republik, das in der Barbarei der Nationalsozialisten und dem Weltkrieg endete.

-> Die Entscheidung zum Aufbau der Europäischen Union war die Konsequenz aus der verheerenden nationalstaatlichen Machtpolitik der Vorkriegsjahre.

Lehren aus der Geschichte wurden gezogen, die den Aufbau einer demokratischen Gesellschaft in unserem Land und Frieden mit unseren NachbarInnen sicherten.

Die Erinnerung an die Gräueltaten der NationalsozialistInnen, die nicht nur in den Konzentrations- und Vernichtungslagern, sondern auch in unserer unmittelbaren Nachbarschaft stattfanden, diese Erinnerung fiel uns lange, viel zu lange schwer.

Die Arbeitsgruppen, die vor rund 30 Jahren in Schleswig-Holstein die Spuren der Geschichte aufdeckten, stießen in ihren Orten auf verschlossene Augen, die lieber weiter wegsehen wollten.

Vom Land gab es ebenfalls lange Zeit keine Unterstützung. Auch an diese Vergangenheit sei hier zumindest kurz erinnert.

Vor diesem Hintergrund ist es umso erfreulicher, dass wir uns heute fraktionsübergreifend einig sind, dass die Erinnerungsarbeit für unser Land wichtig ist, ja, dass sie unterstützt und verstetigt werden muss.

Dies umso mehr als die Zeitzeugen weniger werden und die bis heute zumeist ehrenamtlichen InitiatorInnen der Gedenkstätten durch jüngere Kräfte abgelöst werden müssen.

Ich begrüße es daher ausdrücklich, dass sich die Gedenkstätten zu einer Landesarbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen haben, um ihre Arbeit zu bündeln und ihre Interessen gegenüber dem Land und der Politik stärker zu vertreten.

Und ich danke der Ministerin, die die Gedenkstättenarbeit in die erste Reihe der Politik geholt und zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit gemacht hat.

Geld ist das eine – und davon haben wir trotz der Erhöhung des Haushaltsansatzes noch immer nicht genug für die Gedenkstättenarbeit – aber die politische Unterstützung durch die Küstenkoalition war notwendig, um den AkteurInnen den Rücken zu stärken und ihr Engagement angemessen zu würdigen.

Der Runde Tisch zur Gedenkstättenarbeit kann hier nur der Anfang sein. Die weiteren Aufgaben sind: die Stärkung der Arbeit vor Ort, die professionelle und wissenschaftliche Begleitung und Konzeption der Gedenkstätten und die Weiterentwicklung der Bürgerstiftung.

Hier sind noch viele Fragen offen. Der Landtag formuliert heute nicht nur ein Bekenntnis zur Gedenkstättenarbeit. Er unterstreicht deren Bedeutung insbesondere dadurch, dass er in die weitere Arbeit einbezogen werden will. Der Landtag übernimmt damit Verantwortung für die Erinnerungskultur.

Dies ist der qualitative Unterschied zur Gründung der Bürgerstiftung, mit der diese Verantwortung aus dem politischen Geschehen verlagert wurde.

Das Erinnern an das Vergangene erhält damit einen herausragenden Ort in der Gegenwart. Der Landtag setzt ein wichtiges Zeichen richtet den Kompass für die zukünftige Erinnerungsarbeit neu aus.
